

## „Volksbefragung“ statt freier Wahlen

### Wieder eine SED-Unterschriftensammlung

Am 12. Februar beginnt in Ostberlin und der Sowjetzone erneut eine Unterschriftensammlung „gegen den Atomkrieg“. Diese von der kommunistischen „Friedensbewegung“ in internationalem Maßstab versuchte Aktion soll in der Zone als Vorwand benutzt werden, um die seit Wochen geplante und immer wieder hinausgeschobene Volksbefragung gegen die Pariser Verträge durchzupeitschen. Gleichzeitig versuchen die Kommunisten in der Bundesrepublik unter sich eine „Volksabstimmung“ gegen die deutsche Wiederbewaffnung zu inszenieren. Alle Maßnahmen sind ganz offensichtlich Teil einer Kampagne, durch die die SED spätere internationale Verhandlungen nach der Ratifizierung der Verträge unmöglich zu machen hofft.

Ursache ist die wachsende Unsicherheit im Partei- und Staatsapparat der SED. Auf der Moskauer Konferenz im Dezember wurde versucht, durch eine Art Ostblockpakt den Bestand des SED-Staatsapparates zu garantieren. Danach hat es eine Reihe von Sowjetserklärungen und -noten gegeben, die den Anschein erwecken mußten, die Sowjets wollten für den Fall einer Kassierung der Pariser Verträge ernsthafte gesamtdeutsche Verhandlungen und freie Wahlen.

Innenpolitisch hatte das schwere Folgen für die SED. Die Furcht vor dem Schicksal der SED nach einer Wiedervereinigung lähmt bis heute die gesamte Parteiarbeit.

#### Die Stefan-Heym-Panne

Am 9. Januar mußte der SED-Leitartikler Stefan Heym in der „Berliner Zeitung“ eine beruhigende Erklärung der Partei abgeben, in der auf die „Was wird aus uns?“-Stimmung eingegangen wurde. Es war eine ausgesprochene Panne. Der Artikel wurde als psychologische Vorbereitung auf für SED-Mitglieder „schlimme Ereignisse“ aufgefaßt und hatte die entsprechenden Folgen. Am 22. Januar mußte die SED diesen Artikel durch den von ihr vorgeschobenen Volkssammlerabgeordneten Prof. Meusel wider-

legen. Meusel sagte dabei klipp und klar, daß die SED-Mitglieder sich keine Sorge um freie Wahlen und die Zeit nach einer Wiedervereinigung zu machen brauchten, weil die Partei nicht von ihren bisherigen „Deutsche an einen Tisch“-Forderungen abzugehen gedanke. Diese wiederum vereitelten ja jede den Bestand der SED bedrohende Gefahr, wie z. B. freie Wahlen.

Es ist noch nicht abzusehen, ob diese Zusicherung das Gros der Partei- und Regierungsfunktionäre tatsächlich beruhigt hat. Die letzte Sowjetnote, in der immerhin von freien Wahlen die Rede ist, hängt wie ein Damoklesschwert über der SED.

In dieser Phase der politischen Entwicklung arbeiten die Kommunisten mit dem Hauptargument, nach der Ratifizierung sei es zu spät. Die SED weiß, daß eine Ratifizierung ihr Verhandlungspotential auf Null zurückschrauben muß. Viermächteverhandlungen, die dann tatsächlich auf realer Basis möglich wären, würden ohne Befragung der SED eine Einigung erreichen können. Hier beschwört sie ihre Anhänger, und auch in der Erklärung Meusels ist ein entsprechender Satz zu finden: Habt nur keine Angst, daß wir von den Sowjets über unsere Köpfe hinweg ausgehandelt werden! Ge-

samtdeutsche Verhandlungen nur unter gleichberechtigter Teilnahme der SED! Und freie Wahlen — nicht ohne unsere Zustimmung zu einem uns genehmen Wahlgesetz!

Dies ist die jüngste Entwicklung. Die Partei versucht mit allen Kräften eine Lage herbeizuführen, die den Sowjets gar keine andere Wahl als die Zustimmung zu der von der SED angestrebten endgültigen Spaltung lassen könnte.

So wird auch die geplante Unterschriftenaktion verständlich. Man spricht nicht mehr vom Verbot der Atomwaffen, sondern von dem des Atomkrieges. Außerdem hat die SED einen Zeitplan aufgestellt, der die wahren Absichten klar erkennen läßt:

#### Nichts als Winkelzüge

Am 12. Februar beginnt die Unterschriftenaktion über die „Friedensräte“. Etwa am 20. Februar wird die „Nationale Front“ in die Kampagne eingreifen und die Fragestellung gegen die Pariser Verträge erweitern. Danach werden Unterschriftenlisten gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aufgelegt. Im März, spätestens Anfang April, will die SED — sie hat sich in mehreren Parteierklärungen dahingehend festgelegt — eine „Volksbefragung“ starten. Diese will sie als Ersatz für Wahlen gewertet wissen. Mit dem Ergebnis denkt sie an ein gesamtdeutsches Forum heranzutreten.

Die Bevölkerung der Zone kann gegen Unterschriftenlisten wenig tun. Sie kann aber die Stärke der SED an ihren Winkelzügen erkennen. Und das mag wichtig sein für den Tag, an dem es zu wirklichen Verhandlungen und freien Wahlen kommt.

## Amerika und Fernost

DT. Würden wir noch in jener Zeit leben, da Männer wie McArthur die amerikanische Politik beeinflussten und die „Zurückdrängung des Kommunismus“ ein Hauptprogramm-punkt gewesen ist, so müßte die Forderung Eisenhowers nach Ermächtigung zum eventuellen Einsatz amerikanischer Streitkräfte in Fernost alarmierend wirken. Das ist aber nicht der Fall. Seitdem der USA-Präsident einen gemäßigten Kurs steuert und sich um einen annehmbaren Ausgleich auch mit dem rothinesischen Gegner bemüht, ist es klar geworden, daß er seiner 7. Flotte in der Formosa-Straße den Kriegskurs nicht befehlen wird. Was Eisenhower will, ist eben der Ausgleich, das Auslöschen des brennenden chinesischen Problems.

Er muß dabei logisch vorgehen. Das bedeutet zunächst die Beseitigung des akuten Brandherdes auf den Tachen-Inseln. Gelingt das, so ist insofern eine neue Situation herbeigeführt, als dann die Fronten völlig klar sind und jede weitere Aggression der Rotchinesen, wie etwa auch der Nationalchinesen, wahrscheinlich das volle militärische Einschreiten der USA zur Folge haben würde. Diesen Krieg im Großen dürfte Peking scheuen. Notgedrungen könnte sich ein zwar feindliches, aber immerhin unkriegeresches Nebeneinander entwickeln. Tschiangkaischek vermag ohnehin keine Rückeroberungsaktion auf das Festland gegen den amerikanischen Willen zu unternehmen. Peking lehnt zwar durch die neue Erklärung seines Ministerpräsidenten Tschu - En - Lai jeden Waffenstillstand ab. Aber von Erklärungen, die gerade bei Chinesen sehr aus Prestige-gründen abgegeben werden, bis zum Angriff und Invasionsversuch auf ein von den USA geschütztes Formosa ist noch ein weiter Weg.

Zunächst geht es darum, die Tachen-Inseln zu evakuieren. Dadurch sollen Tschiangkaischeks Kräfte auf Formosa und die anliegenden Pescadore-Inseln

konzentriert werden. Gleichzeitig bedeutet das aber auch ein Entgegenkommen an Peking: die Inselgruppe wird den Rotchinesen überlassen. Ob diese aber damit zufrieden sein werden? Noch sieht es nicht so aus. Je häufiger und lauter Peking die USA verleumdet und die Ansprüche auf Formosa wiederholt, um so schwieriger wird jegliche Friedenspolitik durchzuführen sein. Augenblicklich scheinen die Kommunisten sogar die Evakuierung der Tachen-Inseln stören zu wollen nach dem Motto „wir beanspruchen die Insel, aber wir verlangen gleichzeitig die Vernichtung der dort stationierten Nationalchinesen“.

Mit diesem Fanatismus rechnet Eisenhower. Es ist möglich, so absurd es klingt, daß die roten Dschunken selbst gegen

amerikanische Kriegsschiffe auslaufen müssen, um die Evakuierung zu verhindern. Daraus kann sich sehr leicht die Notwendigkeit eines Schießbefehls durch Eisenhower ergeben. Immer, wenn ein Präsident den Kongreß um Ermächtigung zum eventuellen militärischen Einsatz ersucht, ist die Lage ernst. Beide Parteien, Demokraten wie Republikaner, stehen hinter dem Präsidenten. Weil beide Parteien wissen, daß mit dem Vordringen der Rotchinesen der Friede und die Freiheit des ganzen pazifischen Raumes bedroht wird. Darum geht es, nicht etwa nur um das amerikanische Ansehen vor Chinas Küste. Wenn Rotchina die Warnung Eisenhowers mißachtet, setzt es seine Existenz aufs Spiel, statt sie mit Hilfe des Westens zu entwickeln.

## Evangelische Debatte um Wehrbeitrag

Bonn (Eigenbericht). Es hat den Anschein, daß die Auseinandersetzungen im evangelischen Raum über die Wiederbewaffnung und im Zusammenhang damit über die Wiedervereinigung in der nächsten Zeit die Öffentlichkeit noch stärker beschäftigen werden als in der Vergangenheit. Nachdem sich bisher hauptsächlich diejenigen evangelischen Kreise hatten vernahmen lassen, die gegen die Pariser Verträge sind, haben sich in den letzten Tagen auch die ersten evangelischen Gruppen gemeldet, die sich für die Wiederbewaffnung aussprechen.

In besonderer Ausführlichkeit hat sich Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier als erster evangelischer Politiker der CDU zu diesen Auseinandersetzungen geäußert. Gerstenmaier vertritt zunächst die Auffassung, bei den Bundes- und bei den Landtagswahlen habe sich gezeigt, daß die überwältigende Mehrheit des evangelischen Kirchenvolkes nicht bereit und willens sei, sich der „Ohne-mich“-Welle anzuschließen.

Dann fährt er fort: „Wir predigen keinen Kreuzzug, im Gegenteil. Aber wir widersetzen uns entschieden jener Überheblichkeit, die die Unterschiede zwischen der Welt der Tyrannei und

der Welt der Freiheit ignoriert oder bagatellisiert.“ Nach dem, was unsere Generation gesehen und erfahren habe, bedürfe es keines Wortes mehr darüber, daß ein fundamentaler Unterschied zwischen der Welt des totalitären Zwangsstaates und der des freiheitlichen Rechtsstaates bestehe. Für die „Einzigkeit“ vieler kirchlicher Appelle sei es kennzeichnend, „daß in ihnen weder der unübersehbare Unterschied zwischen Ost und West in Sachen des Rechtes und der Freiheit, noch die Zwangslage, in der wir uns befinden, und gleich gar nicht die Friedensliebe und Friedenssehnsucht derer in Erscheinung treten, an die sie ihre Polemik und ihre Ermahnungen adressieren“.

Mit diesen Feststellungen berührt der Bundestagspräsident einen sachlich und psychologisch besonders wichtigen Punkt der Auseinandersetzung. Die klärende Folgerung, die er zieht, lautet: „Unser Anliegen ist nicht Wiederholung militärischer Gewaltpolitik, sondern allein der Schutz der Freiheit und der Sicherheit des unserer Verantwortung anbefohlenen Volkes. Was dafür notwendig ist, muß geschehen, gleichgültig, ob es uns leicht- oder schwerfällt.“

## Zweite Lesung wird vorbereitet

Bonn (AP/DPA). Die Vorbereitung für die Ratifizierung der Pariser Verträge und der letzte sowjetische Vorschlag in der Deutschlandfrage bestimmten in der vergangenen Woche weitgehend das politische Geschehen in Bonn.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, der CDU-Abgeordnete Kiesinger, erklärte vor seiner Fraktion, es sei damit zu rechnen, daß die zweite Lesung der Verträge am 8., 9. und 10. Februar stattfindet.

## Kaiser: „Wir prüfen gewissenhaft“

Sowjet-Erklärung bestätigt Richtigkeit der westlichen Politik

Ludwigshafen (Eigenbericht). Bundesminister Jakob Kaiser sagte in einer Rede in Ludwigshafen zur sowjetischen Deutschland-Erklärung: „Moskau darf gewiß sein, daß wir schon im Hinblick auf unsere Verantwortung für Gesamtdeutschland diese Erklärung gewissenhaft prüfen werden. Mein erster Eindruck ist, daß allein schon die Tatsache, daß sich jetzt die Sowjetunion in dieser Weise äußert, die Richtigkeit unserer Politik bestätigt. Mit Moskau kommt man immer erst weiter, wenn man handelt und nicht nur redet. Daß es zu gegebener Zeit zu erneuten Vier-

mächteverhandlungen kommen muß, ist ein Ziel unserer Politik, wobei der Zeitpunkt, nach allem, was geschehen ist, nach allen Fehlern insbesondere, die die Sowjets in ihrer Deutschlandpolitik gemacht haben, nicht allein von Moskau bestimmt werden kann.“

Kaiser gab in seiner Ansprache einen Überblick über den Kampf um die Einheit und Freiheit Deutschlands im Ablauf der letzten zehn Jahre. Es sei fremder Wille gewesen, der die Spaltung herbeigeführt und Berlin die Möglichkeit genommen habe, seine Aufgabe als Hauptstadt zu erfüllen. Trotz seiner Isolierung sei und bleibe Berlin das Rückgrat für die Bevölkerung der Sowjetzone, und unantastbar bleibe deshalb auch seine Bedeutung für die Politik der Wiedervereinigung. „Dazu gehört, daß wir Berlin den Platz in unserem Bewußtsein einräumen, den diese Stadt verdient.“

Wir wüßten alle, so führte der Minister weiter aus, daß die Frage der Wiedervereinigung unseres Landes in Freiheit konkret auf der Ebene der großen Politik gelöst werden müsse. Er warf in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob denn die Weichen in Mitteldeutschland unwiderruflich fälschgestellt bleiben müßten. Er sei gewiß, daß Millionen und aber Millionen den Mut hätten, offen für ihre Überzeugung einzutreten. Voraussetzung eines echten neuen Beginns wäre allerdings die ungehemmte Zulassung aller freien

## Niemals Anerkennung der Spaltung

Adenauer zur sowjetischen Deutschland-Erklärung

Baden-Baden (AP). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in einer Rundfunkansprache zur jüngsten Kreml-Erklärung in der Deutschlandfrage festgestellt, daß sich an der sowjetrussischen Politik nichts geändert habe. Er sagte: „Wir sind nicht so töricht, die Hilfe der Atlantikpaktstaaten bei der Wiedervereinigung durch eine Ablehnung oder eine dieser in ihrem Wirken gleichkommenden Vertagung der Pariser Verträge auf Grund einer solchen Verlautbarung Sowjetrußlands preiszugeben.“

In der Sowjet-Erklärung, so fuhr der Bundeskanzler fort, könne er kein Entgegenkommen des Kreml sehen. Aus der Erklärung gehe eindeutig hervor, daß es nach dem Willen der Sowjets auf unbestimmte Zeit bei der Teilung Deutschlands bleiben solle. Die Sowjetunion lasse es völlig ungewiß, wann und wie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands erfolgen solle. Adenauer stellte die Frage, wie man unter diesen Umständen überhaupt von aussichtsreichen Verhandlungen und einem Entgegenkommen der Sowjetunion sprechen könne.

Als wichtig hob der Kanzler hervor, daß die Sowjetunion zum erstenmal den Gedanken einer internationalen Kontrolle bei gesamtdeutschen Wahlen aufgenommen habe. Man müsse sich allerdings fragen, welche Art von Wahlen kontrolliert werden soll, denn es sei offensichtlich, „daß es für uns völlig uninteressant wäre, wenn die Kontrolle sich auf nicht wirkliche freie Wahlen erstreckte“.

Adenauer unterstrich, daß sich die Bundesrepublik niemals an einem Abkommen militärischer, wirtschaftlicher oder politischer Art mit der Sowjetunion beteiligen werde, das stillschweigend oder erklärtermaßen die Fortdauer der Teilung Deutschlands sanktioniere. „Wir wollen kein zweigeteiltes Deutschland, wir wollen ein Deutschland.“

Deutschland sei weder wirtschaftlich noch technisch in der Lage, die in der sowjetischen Erklärung angebotenen Streitkräfte aufzustellen. „Was wir erstreben, ist der Zusammenschluß der freien Völker des Westens, einschließlich Deutschlands, weil wir überzeugt sind, daß alsdann mit Sowjetrußland aussichtsreiche und vernünftige Verhandlungen gepflegt werden können.“

Parteien, einer wirklich freien Presse und freier Versammlungen. Mit einem solchen freien Parlament würden sich dann gesamtdeutsche Gespräche von selbst verstehen.

## Heimkehrer aus der UdSSR

Göttingen (DPA). In der Bundesrepublik sind überraschend in mehreren Gruppen insgesamt 102 Heimkehrer aus dem sowjetischen Lager Potma (5110/43) eingetroffen. Es handelt sich um die ersten geschlossenen Heimkehrertransporte seit Oktober vorigen Jahres.

Die Heimkehrer berichteten, daß in dem rund 430 km südöstlich von Moskau gelegenen Lager Potma noch etwa 200 In-sassen leben, darunter 40 bis 60 Deutsche. In dem Lager seien in letzter Zeit deutsche Gefangene und Internierte aus den Strafbetrieben Workuta und aus dem nördlichen Ural eingetroffen. Nach den Angaben der Heimkehrer soll in Kürze in Potma ein neuer Transport zusammengestellt werden.

## Berlins neuer Senat im Amt

Regierungserklärung am 3. Februar

Berlin (Eigenbericht). Sieben Wochen nach der Wahl ist der neue Berliner Senat, sieben Mitglieder der SPD und sechs der CDU, vom Abgeordnetenhaus mit Stimmmehrheit gewählt und sofort vereidigt worden. Von den 126 anwesenden Abgeordneten stimmten 101 mit ja, 19 mit nein und sechs enthielten sich der Stimme. Die Regierungserklärung wird am 3. Februar abgegeben.

Die Ämter des Senats wurden folgendermaßen verteilt: Regierender Bürgermeister Dr. Suhr (SPD); Bürgermeister Amrehn (CDU); Innensenator Lipschitz (SPD); Finanzsenator Haas (CDU); Senator für Verkehr und Betriebe Theuner (SPD); für Volksbildung Tiburtius (CDU); für Bundesangelegenheiten und vorläufig für Post und Fernmeldewesen Klein (SPD); für Arbeit und Sozialwesen Kreil (CDU); für Wirtschaft Hertz (SPD); für Bau- und Wohnungswesen Schwedler (SPD); für Justiz Kielinger (CDU); für

Gesundheitswesen Schmiljan (CDU); für Jugend und Sport Ella Kay (SPD).

Nach der Vereidigung erklärte der neue Präsident des Abgeordnetenhauses, Willi Brandt (SPD), die geschäftsführende Tätigkeit des bisherigen Senats sei nun erloschen. Dr. Suhr dankte in seiner Antrittsrede dem scheidenden Bürgermeister Dr. Schreiber sowie den übrigen Senatoren für ihre geleistete Arbeit. Wie Suhr mitteilte, weilte er vor der Neuwahl am Grabe Ernst Reuters und legte dort einen Kranz nieder. Dieser Akt sei für ihn, so betonte er, eine symbolische Verpflichtung, die neue Berliner Regierung nach dem Vorbild Reuters zu führen.

## Moskau beendet Kriegszustand

Neuer Versuch zur Verhinderung der Ratifizierung?

Bonn (AP/DPA). Die Sowjetunion hat überraschend den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt und alle rechtlichen Bestimmungen aufgehoben, denen deutsche Staatsbürger bisher als Bürger eines feindlichen Staates unterworfen waren. Dieser jüngste sowjetische Schritt in der Deutschlandfrage wird in ersten Kommentaren westlicher Politiker als ein neuer Versuch Moskaus gewertet, die Ratifizierung der Pariser Verträge zu verhindern. Das Bundeskabinett wurde zu einer Sondersitzung einberufen.

DT. Als ein Akt, der den von Hitler gewissenlos herbeigeführten Kriegszustand zwischen Deutschland und der Sowjetunion völkerrechtlich beendet, ist die Moskauer Deklaration durchaus zu begrüßen. Als taktisch und propagandistisch bestimmtes Unternehmen begegnet sie indessen starkem Zweifel.

Wir legen der sowjetischen Regierung nahe, diesen Zweifel zu beheben. Das kann auf eine ganz einfache Weise am besten dadurch geschehen, daß Moskau auch den „kalten Kriegszustand“ beendet, unter dem das deutsche Volk vor allem durch die ihm zugefügte Spaltung außerordent-

## Streikbilanz im Bergbau

Essen (AP/DPA). Die durch den Proteststreik am Sonnabend im Steinkohlenbergbau des gesamten Bundesgebietes entstandenen Fehlschichten betragen unter und über Tage 67,1 Prozent. Dies gab der Unternehmensverband Ruhr am Montag bekannt.

Am Sonnabend wurden insgesamt 40 475 t Steinkohle gefördert und 89 375 t Koks erzeugt. Die Steinkohleförderung betrug nur etwa zwölf Prozent der normalen Sonnabend-Förderung in den letzten Wochen.

Streikanlaß war die Äußerung des Generaldirektors der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, Dr. Reusch, das Mitbestimmungsrecht sei von den Gewerkschaften „erpreßt“ worden. Bundeskanzler Adenauer hatte sich am Wochenende von dieser Äußerung distanziert.

## „Deutsches Reich erneuern“

Berlin (DPA). Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Friedensburg hat sich in einer Gedenkrede über den Rundfunk anlässlich der Wiederkehr des Reichsgründungstages dafür eingesetzt, die Erinnerung an den 18. Januar 1871 in einem noch notwendigeren Sinne zu erneuern. Er sagte, ein zukünftiger Staat könne nur eine Erneuerung des Deutschen Reiches sein, in dessen Haus sich alle deutschen Stämme gleichen Willens zusammenfinden. Solange sich Teile dieses Volkes außerhalb befinden, sei die geschichtliche Aufgabe des 18. Januar nicht erfüllt.

## Meiser tritt zurück

München (DPA). Das geistliche Haupt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Bayern, Landesbischof D. Meiser, will zum 1. Mai sein Amt aus Altersgründen niederlegen. Dieser Entschluß wurde in allen Gotteshäusern der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayerns verkündet.

lich leidet. Es ist gewiß zu begrüßen, daß alle Beschränkungen, denen bisher deutsche Staatsbürger im Verkehr mit der Sowjetunion unterworfen waren, aufgehoben sind — falls man wirklich ein Visum nach Moskau erhält. Noch mehr aber legen wir Wert darauf, daß endlich die Beschränkungen aufgehoben werden, denen heute auf deutschem Boden deutsche Staatsbürger in Berlin und Westdeutschland noch im Verkehr mit den deutschen Staatsbürgern der sowjetischen Besatzungszone unterliegen.

## Freie Hand für Eisenhower

Washington (AP/DPA). Das US-Repräsentantenhaus hat Präsident Eisenhower die geforderte Vollmacht erteilt, notfalls amerikanische Streitkräfte zur Verteidigung Formosas und der Pescadorens-Inseln einzusetzen.

Das Haus ermächtigte durch seine Zustimmung den Präsidenten, nach fast völlig freiem Ermessen US-Streitkräfte zum Schutz der nationalchinesischen Inseln einzusetzen. Dementsprechend waren die Abgeordneten in feierlicher Form darauf hingewiesen worden, daß die Verlautbarung an Bedeutung nur einer Kriegserklärung nachstehe.

# Der Schwarze Sonntag und der rote Pope

Die russische Revolution begann vor fünfzig Jahren

Am 20. Januar saß im Wartezimmer des Petersburger Polizeipräsidenten General Fullon ein Pope namens Gapon. Durch einige Skandalaffären hatte er bereits in allen Petersburger Kreisen viel von sich reden gemacht. Er lebte in einem Arbeiterviertel und gehörte, wie es hieß, zur revolutionären Bewegung. Zugleich unterhielt er gute Beziehungen zur Polizei. Nun hatte sich das Gerücht verbreitet, daß am kommenden Sonntag der Pope eine riesige Arbeitermenge zum Winterpalais des Zaren führen werde, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, dem Zaren persönlich ihre Forderungen vorzutragen. General Fullon, der den Popen zu sich gebeten hatte, verlangte von ihm die Zusicherung, daß die geplante Kundgebung friedlich verlaufen werde. Darauf erwiderte der Pope: „Exzellenz, ich gebe Ihnen mein Wort, daß keine Gefahr zu Unruhen besteht.“

## „Feuer auf die Menge!“

Am Sonntag, dem 22. Januar, marschierten graue Arbeiterkolonnen in Begleitung von Frauen und Kindern in der Richtung zum Winterpalais. Die Arbeitermassen ergossen sich in den Newski-Prospekt. Am Ende der Prachtstraße, an der Brücke über den Moika-Kanal, stockte plötzlich die Menge. Die Brücke war von einer Abteilung der Zarengarde besetzt. Das ganze Stadtviertel, in dem sich das Zarenpalais befindet, war mit einem starken Aufgebot von Gardetruppen abgeriegelt. Nach wenigen Minuten kommandierte der Offizier an der Brücke: „Feuer auf die Menge!“ Die Soldaten eröffneten ein mörderisches Feuer, das eine halbe Stunde lang dauerte. Der Schnee färbte sich rot, und unzählige Leichen lagen auf der Straße. Die Menschenmassen fluteten zurück.

Als die erste Salve krachte, stürzte sich Gapon, der an der Spitze der Demonstration marschierte, in den Schnee und entging so dem sicheren Tode. Der Student Rutenberg, ein Mitglied der revolutionären Organisation, schnitt ihm bei Einbruch der Dunkelheit die langen Priester-

**Die Geschichte des historischen gewordenen Schwarzen Sonntags am 22. Januar 1905 in Petersburg hört sich wie ein spannender, vom Leben geschriebener Roman an. Dieser Tag gilt als der eigentliche Beginn der russischen Revolution.**

locken ab. Gapon floh über Finnland ins Ausland. In der Zarenstadt brach der Generalstreik aus, und Petersburg war von der ganzen Welt abgeschnitten ...

## Flucht nach Genf

Gapon gelangte nach Genf, wo er als Held der russischen Revolution gefeiert wurde. Er hielt eine Rede vor den versammelten Mitgliedern der revolutionären Parteien und sagte, daß mit dem Tage des Schwarzen Sonntags die russische Revolution ausgebrochen sei. Sodann verfaßte er einen Offenen Brief an den Zaren, den er an „Nikolaus Romanow, den ehemaligen Zaren und jetzigen Verräter des russischen Kaiserreichs“ adressiert hatte. In diesem Brief hieß es u. a.:

„Mit naivem Glauben an dich als an den Vater des Volkes ging ich friedlich zu dir — mit den Kindern meines Landes. Das unschuldige Blut der Arbeiter wird für ewige Zeiten zwischen dir und dem russischen Volke stehen.“ Am Ende des Briefes steht eine geradezu prophetische Ankündigung: „In wenigen Jahren wird ganz Rußland in Blut ersticken!“ Dabei war der Zar gar nicht an dem Schießbefehl schuld, der ohne sein Wissen von dem Stadtkommandanten Trepow gegeben wurde.

## Spieler und Spitzel

Aber Gapon war alles andere als ein Idealist. Wie ein Großfürst bewegte er sich in den Spielsälen von Monte Carlo. Im Sommer des Jahres 1905 fuhr er nach Stockholm, um von dort einen Marsch auf Petersburg zu organisieren, der ihn zum

Staatspräsidenten der russischen Republik machen sollte. Eine Landung der provisorischen Regierung an der finnischen Küste war vorgesehen, woraufhin die Arbeiter, von Revolutionären geführt, das Zarenpalais und die Regierungsgebäude stürmen sollten. Der Plan wurde verraten, und nach der Landung mußte der Pope wieder ins Ausland fliehen.

Gapon verschwand, und seine Spur verlor sich zunächst. Dann tauchte er in Paris auf, wo er sich mit der Ochrana, der politischen Polizei in Verbindung setzte und ihr seine Dienste als Spitzel anbot.

Als sich die ehemaligen Genossen von dem Verrat des Popen überzeugt hatten, entschlossen sie sich, ihn in eine Falle zu locken. Rutenberg, der ihm einst die Priesterlocken abgeschnitten hatte, lud den Verräter zu einer Unterredung unter vier Augen in eine einsame Villa an der finnischen Küste. Im Nebenzimmer waren mehrere Genossen versteckt. Als Gapon dem Freund vorschlug, gleichfalls in die Dienste der Ochrana zu treten, stürzten die Genossen ins Zimmer, packten den Mann, in dem sie noch vor kurzem einen Helden gesehen hatten und legten ihm die Schlinge um den Hals. Die kurze Zeitungsnotiz über den Leichenfund in der Villa trug die Überschrift „Selbstmord eines Unbekannten“.

## Die Folgen

Der Aufmarsch der Arbeiter am 22. Januar löste die Revolution aus. Die Niederlage der Zarenarmee im Kriege mit Japan als Folge der Korruption trieb auch bürgerliche Kreise ins Lager der Revolution. In allen Städten fanden Straßenkämpfe statt, während auf dem Lande die Schlösser der Magnaten in hellen Flammen standen. Erst durch rücksichtslosen Einsatz der Gardetruppen gelang es nach einem Jahr, eine scheinbare Ruhe zu schaffen. Der Funke aber schwelte unter der Oberfläche weiter, und zwölf Jahre später brach der Zarenthron unter den Schlägen der bolschewistischen Revolution endgültig zusammen.

## Besorgnis über Entlassungswelle

**Ziel: Frauen in die Produktion, Facharbeiter aufs Land**

Die seit 14 Tagen anhaltende Entlassungswelle in Ostberlin und einigen Zonenhauptstädten hat zu großer Beunruhigung geführt. Erst am vergangenen Wochenende erfuhren die mittleren Parteinstanzen, welcher Personenkreis betroffen ist, welchen Umfang die Entlassungswelle noch annehmen kann und was aus den dadurch arbeitslos gewordenen Menschen wird. Die dabei bekanntgegebenen Richtlinien seien hier zur Klärung kurz zitiert.

Entlassen werden in Ostberlin:

1. Sämtliche in volkseigenen Betrieben beschäftigte Westberliner (auch SED- und FDJ-Mitglieder!), sofern sie nicht eine unabkömmliche politische oder überragende technische Funktion ausüben. SED-Mitglieder wurden bereits am 22. Januar angehalten, sich nach einer Arbeit in Westberlin, möglichst in Großbetrieben, umzusehen. Die Maßnahme wird begründet a) mit eventuellen weiteren Sperrmaßnahmen, die einen reibungslosen Arbeitsablauf stören können und b) mit der Gefahr der Spionagetätigkeit bei Umstellung auf Rüstungsfabrikation.

2. Sämtliche in den Zonenrandgebieten wohnhaften Arbeiter und Angestellten, sofern sie nicht Partei- und Regierungsfunktionen ausüben. Begründung: Mehrere Zonenrandbetriebe sind ohne genügende Arbeitskräfte, weil diese seinerzeit wegen der besseren Bezahlung nach Berlin abgewandert sind. Außerdem sucht die SED noch 30 000 Facharbeiter für die LPG und Maschinen-Traktor-Stationen.

3. Angehörige der aufgeblähten Verwaltungsapparate in der volkseigenen Industrie, die entweder auf das Land oder in die Produktion umdirigiert werden sollen.

In der Zone sind hauptsächlich VE-Betriebe bis 5000 Mann von der Entlassungswelle betroffen. Hier wiederum kommen zuerst die Verwaltungsangestellten an die Reihe. Die Tendenz geht dahin: Frauen in die Produktion, Facharbeiter aufs Land, Verwaltungsangestellte auf Mangelplätze. Daneben stehen die Werbeabsichten für die Armee.

## Interzonenverkehr angestiegen

Flensburg (AP). Der Straßenverkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin hat im vergangenen Jahr weiter zugenommen. Dies gab das Kraftfahrtbundesamt in Flensburg bekannt. In beiden Richtungen wurden 667 000 Kraftfahrzeuge gezählt. Das waren 155 000 mehr als 1953. Die Zahl der Personewagen erhöhte sich dabei allein um rund zwei Drittel.

## Der Freund der Spionin

Washington (AP). Die US-Luftstreitkräfte haben bekanntgegeben, daß sich der Fliegeroberst Patrick W. Hayes in Kürze vor einem Offiziersausschuß verantworten muß, Hayes stand in enger Beziehung zu der von einem amerikanischen Gericht in Berlin wegen Spionage für die Sowjetunion zu zweimal fünf Jahren Zuchthaus verurteilten Irmgard Margarethe Schmidt.

## Auslandsstimme zum Fall Schörner

Paris (DPA). Zur Freilassung des ehemaligen Generalfeldmarschalls Schörner durch die Sowjetunion schreibt die französische Zeitung „Combat“ (linksgerichtet): „Gehört die Freilassung einer derartigen als ein Symbol künftigen Terrors anzusehenden Persönlichkeit zum Moskauer Feldzug in Deutschland gegen die Ratifizierung der Pariser Abkommen? Sie wirkt

auf jeden Fall für alle Naiven, die noch glaubten, die Sowjetunion würde kategorisch jede Verwendung von Kriegsverbrechern ablehnen, zutiefst enttäuschend.“

## Studenten zahlen nicht

Leipzig (Eigenmeldung). Das ZK der SED hat Anstoß an der Tatsache genommen, daß unter den Studenten in Leipzig die „Manie“ aufgekommen ist, keine Parteibeiträge zu bezahlen. Der Durchschnitt der Parteibeitragsrückstände liege bei 15 Monaten, ja eine ganze Anzahl von Genossen habe 19 Monate nicht mehr bezahlt.

## Milde Urteile in Belgrad

Belgrad (DPA/AP). Das Belgrader Bezirksgericht hat in dem Prozeß gegen die beiden ehemaligen Parteifunktionäre Djilas und Dedijer ungewöhnlich milde Urteile gefällt. Die beiden Angeklagten, die sich für größere politische Freiheiten in Jugoslawien eingesetzt hatten, erhielten Strafen von 13 bzw. sechs Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist. Sie wurden sofort auf freien Fuß gesetzt.

## Wieder mehr Flüchtlinge

**Lehrer sollten „Ohne-mich“-Stimmung bekämpfen**

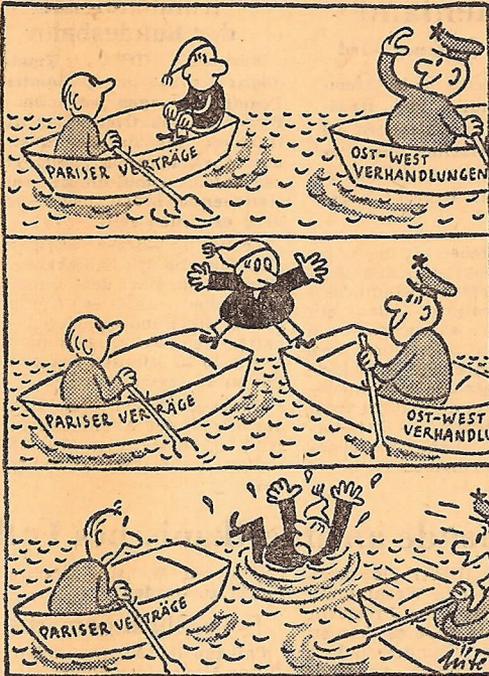
Berlin (DPA). Der Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone und Ostberlin ist in den letzten Tagen wieder angestiegen. Im Dezember 1954 lag die tägliche Flüchtlingzahl zwischen 150 und 180. Gegenwärtig melden sich am Tage zwischen 250 und 280 Sowjetzonenbewohner in Westberlin.

Ebenfalls angestiegen ist die Zahl der sogenannten Rückkehrer, das sind ehemalige Bewohner der Bundesrepublik, die sich vorübergehend in der Sowjetzonenrepublik aufhielten. Unter den Flüchtlingen sind

verhältnismäßig viele Lehrer. Sie berichteten, den Auftrag erhalten zu haben, die verbreitete „Ohne-mich“-Stimmung gegen den Aufbau sowjetzonaler Streitkräfte unter den Schülern zu bekämpfen.

## Wieder deutsche Schulen

Berlin (DPA). In Ostpreußen sollen wieder deutsche Schulen eingerichtet werden, wie aus Äußerungen hervorgeht, die kürzlich in einer in Allenstein erscheinenden polnischen Tageszeitung veröffentlicht wurden.



War es so gemeint?

## Hexenprozesse

Der Rat der juristischen Fakultät der Universität Halle hat dem Präsidenten des Obersten Gerichtes der Sowjetzone, Kurt Schumann, die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Bemerkenswert ist diese Ehrung nur durch ihren Anlaß. Sie erfolgte nämlich zur Feier des 300. Geburtstages des großen Gelehrten Christian Thomasius, der zunächst als Philosoph in Leipzig und dann als Jurist an der neugegründeten Universität Halle eine bedeutende Lehrtätigkeit entfaltet hatte. In der deutschen Kulturgeschichte ist der Name des Christian Thomasius vor allem lebendig geblieben durch seinen Kampf gegen die Hexenprozesse, zu deren Überwindung er entscheidend beitrug.

Diesen Rechtsgelehrten trennt — mehr als die Jahrhunderte — eine ganze geistige Welt von dem Obersten Richter einer Diktatur, der jetzt in seinem Namen geehrt wurde. Thomasius würde heute auch gegen die Prozesse des Dr. h. c. Kurt Schumann zu Felde ziehen, — weil sie nämlich auf der gleichen Stufe stehen wie die Hexenprozesse, die er überwand.

## „Liebe“ fehlt im Lexikon

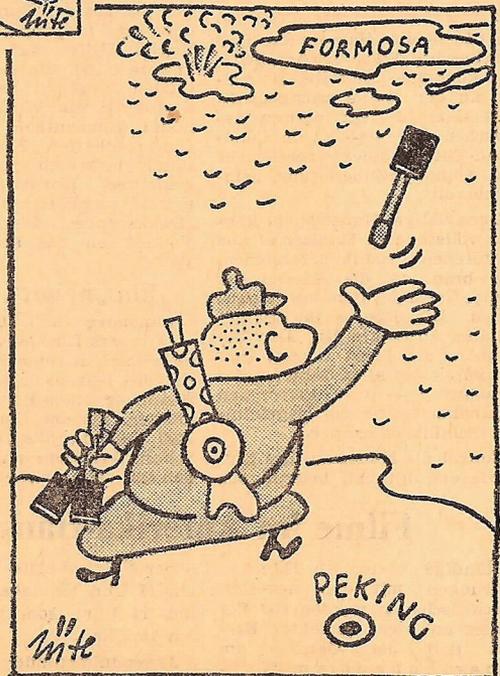
Im „Sächsischen Tageblatt“ (LDP) wurde jetzt bedauert, daß in dem neuesten in der Sowjetzone herausgegebenen Lexikon „Von A bis Z in einem Bande“ die „Liebe“ fehlt und damit „wissenschaftlich also nicht mehr existent“ sei. Immerhin sei in dem Lexikon das „Happy-End“ registriert. Das Blatt verzeichnet als Fortschritte, daß es im Sowjetzonen-Film schon ab und zu etwas Liebe gebe, die Mode verheißungsvolle Ansätze zeige und Lippenstifte kufechter werden sollen.

## „Dandy“ und „Stehhaarschnitt“

Berlin (DPA). Die Damenfrisur „à la Dandy“, die von Paris im Herbst vergangenen Jahres als neue Linie kreiert wurde, wird jetzt auch in der Sowjetzone als kommende Frühjahrsfrisur angekündigt. Als „letzter Schrei“ für die Herrenwelt empfahl man auf einem Schaufrisieren in Halle den „modernen Stehhaarschnitt.“

## Die Woche in der Karikatur

Links: Die sowjetische Deutschland-Erklärung. — Unten: Der rotchinesische Angriff auf nationalchinesische Inseln.



Koexistenz in Fernost

## Ein modernes Schlaraffenland

Wo der Einkauf für die Hausfrau zum Abenteuer wird

Das abenteuerlichste Leben in Amerika führen nicht Atomwissenschaftler oder Düsenjägerpiloten, sondern die Hausfrauen. Mit einem zweistöckigen Einkaufswagen schlendern sie durch die Supermarkets, moderne Schlaraffenländer aus Glas und Beton, die mit ihren Fruchtpyramiden und duftenden Delikatessen selbst dem sagenhaften Lucullus Respekt abgenötigt hätten.

Die Schweizer Migros-Läden und die Einkaufspaläste in London sind anspruchsvolle Verkaufsstände im Vergleich zu den Supermarkets in Chicago, New York oder Los Angeles, wo allein die Lebensmittelabteilungen mit vier- bis fünftausend verschiedenen Artikeln aufwarten. Sie gleichen Riesenküchen,

**Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.**

in denen die Hausfrauen ihre gewünschte Ware selbst abwiegen können — sie wird nur später an der Kasse nachgeprüft. Das Gemüse liegt bereits gewaschen und geputzt, in Cellophan-Tüten sauber verpackt, für die schnelle Zubereitung „einsatzbereit“.

Ganz eilige Hausfrauen können vollständige Mahlzeiten aus gefrorenen Produkten erstehen. Sie brauchen die Speisen zu Hause im Backofen nur aufzutauen. Die Epoche der tiefgekühlten Produkte hat also begonnen. Sie feiert bereits ihre Triumphe auf allen Gebieten der Ernährung — vom gefrorenen Brathähnchen bis zur eisgekühlten Schildkrötensuppe.

Sobald die Hausfrau ihre Einkäufe erledigt hat, beginnt das

Prämienabenteuer. Je nach der Höhe der bezahlten Summe darf sie sich Frottierhandtücher, einen Infrarotgrill oder ein Kaffeeservice aussuchen. Im Wettstreit um die Gunst des Kunden geben einige Fabrikanten sogar Kataloge aus, in denen alle Artikel aufgeführt sind, die jede Hausfrau — bei entsprechenden Lebensmitteleinkäufen — zum halben Preis erwerben kann.

## Dankspende an amerikanisches Volk

Washington (DPA). Der deutsche Botschafter in Washington, Krekeler, überreichte Präsident Eisenhower als äußeres Zeichen des Dankes der Bundesrepublik für die großzügige amerikanische Hilfe nach 1945 eine Bronzestatue, die einen „Arbeitenden Jüngling“ darstellt. Die Statue ist ein Werk von Hermann Blumenthal. Sie wurde von namhaften Kunstexperten unter mehreren zur Auswahl gestellten Kunstwerken ausgewählt und ist ein Teil der „Dankspende des deutschen Volkes“ an das amerikanische Volk.

### Ein „neuer“ Beruf

Lüneburg (AP). Der Berufsberater des Lüneburger Arbeitsamtes hat in seine Kartei einen für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg neuen Beruf eintragen müssen. Bei der Umfrage unter 1400 Jungen, die Ostern die Schule verlassen, meldeten sechs den seit zehn Jahren nicht mehr

## Kundendienst der Bundesbahn

Nürnberg (DPA). Kundendienst ist bei der Bundesbahn Trumpf. So sagen jedenfalls die Bewohner von Greding (Mittelfranken), die darüber abstimmen durften, wann „ihr“ Frühzug abfahren und die Zwischenstationen sowie den Zielort Nürnberg erreichen soll.

Grund zu dieser Wahl war eine Eingabe des Landratsamtes Hilpoltstein, das, dem Wunsche zahlreicher Arbeiter entsprechend, die Bundesbahn gebeten hatte, den Frühzug statt um 4 Uhr 10 35 Minuten später abfahren zu lassen.

Doch die 266 Frühaufsteher, die sich an der Abstimmung beteiligten, bestätigten die Richtigkeit des bisherigen Fahrplanes.

geäußerten Wunsch, Flugzeugführer zu werden.

### Sein Glück gemacht

Chicago (DPA). Der 49jährige Julius Mayer, der mit 17 Jahren aus Deutschland ausgewandert war, hat in den USA sein Glück gemacht. Er wurde jetzt Präsident der größten Getreidebörse der Welt in Chicago. 1922 kam er nach Amerika, ohne ein Wort Englisch zu sprechen. Er fing damals als Kuchenbäcker an.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfsplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutsch-Lang-Velag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH,